

Public Opinion Kurzanalyse Anfang März 2010

Kommt Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen?

Tiefstand bei Wahlbeteiligung und Höchststand bei ungültigen Stimmen bei Bundespräsidentenwahl zu erwarten

Meinung zu Habsburger-Verbotsgesetz

Alice Schwarzer zum Frauentag

Der „Absturz“ der FDP in den Umfragen seit ihrem Eintritt in die deutsche Bundesregierung aber auch die „Sponsoring“-Affäre des CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers machen die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen besonders spannend. Sie wird allgemein als Testwahl auch für den Bund und die seit Herbst regierende Koalition von Union und FDP angesehen. Mit 18 Millionen Menschen ist Nordrhein-Westfalen das einwohnerreichste deutsche Bundesland (ca. 82 Mio. Gesamteinwohner) und war bis vor dem Wahlsieg von Rüttgers in der großen Schwächephase der rot-grünen Koalition von Bundeskanzler Schröder als Industrieland an Rhein und Ruhr jahrzehntelange SPD-Hochburg. Wenn es Rüttgers nochmals schaffen würde, wäre dieser Nimbus – ähnlich dem kleineren ehemaligen „roten Hessen“ endgültig perdue.

Gegenwärtig regiert Rüttgers mit einer CDU/FDP-Koalition, die nach gegenwärtigem Umfragezustand allerdings keine Mehrheit mehr hätte. Das gibt Spekulationen über Schwarz-Grün Auftrieb, zumal sich Rot-Grün auch nicht ausgeht und die Grünen sich diese Option offenhielten. Dies wäre die erste Schwarz-Grün-Koalition in einem Flächenbundesland, nachdem es solche Konstellationen in mehreren Städten, u.a. Hamburg, gibt und im Saarland eine Jamaika-Koalition CDU/FDP/Grüne regiert. „Jamaika“ haben die Grünen für Nordrhein-Westfalen mit Regierungssitz Düsseldorf aber ausgeschlossen.

	Umfrage März 2010 (infratest, dimap)	Landtagswahl 2005	Bundestagswahl 2009
CDU	35	44,8	33,1
SPD	33	37,1	28,5
Grüne	13	6,2	10,1
FDP	10	6,2	14,9
Linke	6	3,1	8,4

Bemerkenswert ist, dass die Linke trotz des Abgangs von Oskar Lafontaine gegenwärtig die 5 Prozent-Hürde schaffen würde. Die SPD, die in Nordrhein-Westfalen u.a. Peer Steinbrück, Franz Müntefering und Wolfgang Clement hervorgebracht hat, kandidiert mit Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Rüttgers hat u.a. mit Integrationsminister Armin Laschet und Arbeitsminister Karl Josef Laumann Politiker im Team, die auch über die Landesgrenzen hinaus auffallen.

Bundesweit sieht es nach jüngsten Umfragen (ARD/WELT infratest, dimap) im Vergleich zur Bundestagswahl folgendermaßen aus:

CDU/CSU	36 (+2,2)
SPD	25 (+2,0)
Grüne	14 (+3.3)
FDP	10 (-4,6)
Linke	11 (-0,9)

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ist gesunken – 72 Prozent sind nicht zufrieden, mehr Befragte (46 Prozent) würden Schwarz/Grün Schwarz/Gelb (36 Prozent) vorziehen. Noch mehr Anhänger hätte eine große Koalition mit 54 Prozent. Die Hitparade bei der Politikerzufriedenheit führen Unionspolitiker an:

Guttenberg	69
Merkel	62
Van der Leyen	58
Schäuble	53

Erst auf Platz 5 folgt mit Renate Künast (47) die erste Grünpolitikerin und auf Platz 6 mit 44 Prozent SPD-Mann Frank-Walter Steinmeier. FDP-Chef Guido Westerwelle rangiert mit 25 Prozent unter ferner liefen.

Fischer und Rosenkranz für viele VP-Sympathisanten unwählbar

Für die österreichische Bundespräsidentenwahl am 25. April ist das prognostizierte Szenario eingetreten. Die VP verzichtet auf eine aussichtslose Kandidatur – sie hätte sich aber monatelange verstörende Diskussionen ersparen können. Für viele VP-Sympathisanten sind sowohl der in der Wolle gefärbte Heinz Fischer als auch die unappetitlich am rechten Rand agierende Barbara Rosenkranz – beide aus der Kirche ausgetreten bzw. ungetauft – unwählbar, weil kein bürgerliches Angebot. Die Prognose lautet daher – die bisher niedrigste Wahlbeteiligung und höchste Zahl an ungültigen Stimmen bei einer Bundespräsidentenwahl und anschließend Debatte über die Sinnhaftigkeit einer Volkswahl bei einer Wiederkandidatur eines amtierenden Bundespräsidenten (bisherige Diskussionsvorschläge: Wiederwahl durch Bundesversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit oder Verlängerung der Amtsperiode von 6 auf 8 oder 10 Jahre, dafür keine Wiederwahl).

Die Wahlbeteiligung lag 2004 (Fischer versus Ferrero-Waldner) bei 71,6 und 1998 (Wiederwahl Klestil) bei 73,9 Prozent. Beide Male waren rund 180.000 der über 4,3 Millionen abgegebenen Stimmen ungültig. Einige Hinweise zu den bisherigen Ergebnissen der Bundespräsidentenwahlen siehe Public Opinion Analyse

(<http://www.dreischritt.at/material/Public%20opinion%20Analyse%20BP%20Februar%202010.pdf>)

Verbotsgesetz beibehalten – Habsburger sollen aber kandidieren dürfen

Eine abschließende Meinungsäußerung nach den nüchternen Analysen zuvor: Das Verbotsgesetz, das u.a. das Leugnen von Gaskammern und anderer NS-Gräueln unter Strafe stellt, sollte angesichts der durch die Rosenkranz-Kandidatur hervorgerufenen Irritationen beibehalten werden. So ehrenwert Grundsatzdiskussionen wie die von „Presse“-Chefredakteur Michael Fleischhacker betriebene sind, es geht um eine eindeutige Ächtung menschenverachtenden Gedankenguts, ganz gleich welcher Provenienz immer, wobei wir aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung und Sensibilität gegenüber NS-Gedankengut haben müssen. Es ist jede Form des Eintretens für totalitäre Ideologien und des Verharmlosens von Genoziden (z.B. Armenier) scharf zu verurteilen, aber auf österreichischem Boden gehört das Verbotsgesetz aus guten Gründen der zum Grundkonsens der 1945 als Antithese zur totalitären Nazi-Diktatur wiederbegründeten demokratischen Republik. Das Bezweifeln des Holocaust ist keine skurrile und anachronistische Meinungsäußerung, sondern provokante und viele verletzende Tatsachenleugnung.

Anders verhält es sich mit dem Kandidatur-Verbot für Habsburger und Angehörige anderer Herrscherhäuser bei Bundespräsidentenwahlen. Dieses ist – 90 Jahre nach wohl begründeter Erlassung mittlerweile anachronistisch geworden, wenn ein eine glaubhafte Verzichtserklärung abgegeben wurde.

Ob das Verbotsgesetz jemals anachronistisch wird, muss offen bleiben, so sehr man hoffen mag, dass die NS-Zeit einmal als so weit weg empfunden wird wie die Zerstörung Karthagos (wenn ich mich nicht irre, hat der luzide Philosoph Rudolf Burger dieses Bild verwendet). Bis dahin sollte es jedenfalls mindestens gelten.

Bemerkenswertes von Alice Schwarzer zum Frauentag

Von Alice Schwarzer kamen in den letzten Jahren immer wieder bemerkenswerte Stellungnahmen – insbesondere zum Thema Frauen und Islam. Nun veröffentlichte sie in der Frankfurter Rundschau einen wirklich lesenswerten Text zum Internationalen Frauentag.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2394832

Bei Zitierung bitte auf Herwig Hösele/public opinion-Analyse verweisen.

Rückfragen unter h.hoesele@dreisritt.at bzw. 0664 18 17 481